

# Universitätszeitung

15. November 1989  
32. Jahrgang  
Nr. 21 15 Pf

Organ der SED-Kreisleitung Technische Universität Dresden

Sächsische Landesbibliothek  
Z. gr. 2<sup>o</sup> 648

Kubi  
2. u.  
m  
2011

## Gedanken über das Wohin und Wie unserer Entwicklung

Viele unserer Mitglieder der SED-Grundorganisation 09, viele Mitarbeiter, Studenten, Arbeiter und Angestellte der Sektion machen sich zur Zeit Gedanken über das Wohin und Wie unserer Entwicklung. Diese Gedanken sollen nutzbar gemacht werden, darum der Aufruf an jeden, sich mit seinen Vorschlägen und Gedanken an die Arbeitsgruppen zu wenden.

Ich möchte hiermit einige Anregungen geben, die aus meinen Überlegungen zu stehenden Problemen resultieren.

Es geht um eine Belebung des gesamten politischen Lebens. Dazu brauchen wir wirksame Interessensvertretung durch Gewerkschaft und FDJ. Für die FDJ könnte ich mir vorstellen, daß sie den Charakter eines Bundes erhält, in dem spezifische Jugendorganisationen vereint werden, z. B. werktätige Jugend, andjüngend, christliche Jugendorganisation, sozialistischer Studentenbund. Bei der Gewerkschaft sollte das Bundesprinzip konsequent durchgesetzt werden. Das heißt, alle Kreis- und Bezirksvorstände des FDGB auflösen und die Industriegewerkschaften und Gewerkschaften in ihrer Bedeutung stärken. Vereint werden sie durch den Bundesvorstand des FDGB. Auch steht die Frage, ob die Gewerkschaft nicht ein eigenes Reisebüro bezüglich der Urlaubsgestaltung unterhalten sollte, so wie die FDJ. Brauchten wir dann noch all diese Funktionäre in allen Ebenen?

Welche Rolle wollen Organisationen wie GST und DSP einnehmen? Die GST sollte sich an der Hochschule einzig auf Interessensvertretung konzentrieren. Für die militärische Qualifizierung gibt es eine Reservistenverordnung.

Stark diskutiert wird zur Zeit die Einrichtung eines Studentenrates. Ja, ich bin sofort dafür und schlage vor, daß der Sektionsdirektor einen Studentenrat beruft, dessen Mitglieder von allen Studenten gewählt werden sollten. Ohne die Zustimmung dieses Rates könnten dann auch bestimmte Entscheidungen durch den Direktor nicht getroffen werden (analog Sektionsrat).

Wir sollten die Aufgaben zur Organisation des Studiums stark reduzieren und damit dem einzelnen Studenten mehr Verantwortung übertragen. Warum schlagen wir uns alle mit Studentenrat, Apfelernte, WKD und Mensa rum? Das muß grundsätzlich reduziert aber auch mehr als Aufgabe gesehen werden, für deren Erfüllung der Student selbst verantwortlich ist. Wer die Verantwortung nicht wahrnimmt, kann eben nicht weiterstudieren.

Viele Diskussionen gibt es zum Leistungsprinzip. Für Studenten unterstütze ich einen Gedanken des Sektionsdirektors: Erhöhung der Beträge, Verringerung der Anzahl der Empfänger (z. Z. 40 %). Und der Student sollte sich bei seinem verantwortlichen Hochschullehrer

um ein Leistungsstipendium bewerben. Bei den Mitarbeitern und Angestellten gilt es, konsequent die Gleichmacherei zu bekämpfen. Leistungsorientierte Zuschläge sollten monatlich vergeben werden, was der eine nicht bekommt sollte der andere mehr erhalten. Und wenn die Leistung über längere Zeit überhaupt nicht erbracht wird, sollte auch das Grundgehalt vermindert werden. Eine Forderung, die ich seit langem vertritt.

Zur Gestaltung des Studiums gibt es viele kühne Ideen. Ich bin für alles, was die Variabilität für den Studenten und seine Verantwortung erhöht. Für sofort schlage ich vor, die Seminargruppen nach dem 2. Studienjahr aufzulösen, eine Zuordnung zu den Lehrkräften (Hochschullehrer, Oberassistenten, Themenleiter) vorzunehmen und damit eine Einbindung in die Arbeitskollektive zu erreichen. Besonders in den höheren Studienjahren muß die Möglichkeit für eigene Gestaltung des Studiums durch den Studenten wesentlich erhöht werden. Nach wie vor ist er in der Regel in starre obligatorische oder wahlobligatorische Lehrveranstaltungen eingebunden. Man muß mehr Gebiete zur Auswahl stellen und dann nur noch den Leistungsnachweis fordern. Sprachen und Sport sollten sofort aus dem Stundenplan verschwinden.

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Dr. Streitenberger neuer 1. Sekretär

Auf ihrer 7. Tagung am 1. 11. 1989 beschloß die SED-Kreisleitung u. a. die Bildung von vier Arbeitsgruppen, die sich mit folgenden Aufgaben befassen:

- Erarbeitung prinzipieller Vorschläge für die grundlegende Erneuerung der Parteiarbeit, zur vollständigen Entfaltung des demokratischen Zentralismus und zur abstrichlosen Durchsetzung der innerparteilichen Demokratie (Leitung: Genosse Sackrow, Genosse Streitenberger)
- Fragen der Veränderung der Parteiarbeit unter der Jugend (Leitung: Genosse Wolodtschenko, Genosse Schreiber)
- Beiträge der Wissenschaftler der TU Dresden zu einer neuen Gesellschaftsstrategie in der DDR, Vorschläge für eine neue Strukturpolitik der Volkswirtschaft und Schlussfolgerungen für unsere Wissenschaftsstrategie (Leitung: Genosse Auer, Genosse Horn, Genosse Pester)
- Neue Wege zur sozialistischen Demokratie und in der Leitung aller Prozesse an der TU Dresden (Leitung: 1. Sekretär, Rektor)
- Die ursprünglich gleichzeitigen vorgeschlagenen Arbeitsgruppen für:
  - Maßnahmen zur entscheidenden Steigerung der Produktivität der wissenschaftlichen Arbeit
  - Gestaltung einer modernen Hochschulbildung an der TU Dresden
  - Maßnahmen zur entscheidenden Steigerung der Produktivität der wissenschaftlichen Arbeit
  - Gestaltung einer modernen Hochschulbildung an der TU Dresdenwurden zuständigkeitshalber an die staatliche Leitung verwiesen.

Am 10. 11. 1989 trat die SED-Kreisleitung zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Im Beisein von Hartmut Herrlich, Sekretär der SED-Bezirksleitung, entsprach die Kreisleitung dem persönlichen Antrag ihres 1. Sekretärs, Rudi Vogt, ihn von seiner Funktion abzusprechen.

Nach Beratung mit Genossen ihrer Grundorganisationen wählte die Kreisleitung am 11. 11. ihr Mitglied Detlef Streitenberger zum neuen 1. Sekretär. Der vierzigjährige Genosse hat an der Sektion 09 unserer Universität studiert, ist Dr.-Ing. und Hochschuldozent, war von 1980 bis 1983 APO-Sekretär und seitdem Sekretär der SED-IG-Informationstechnik. Er wird Gelegenheit nehmen, sich den Genossinnen und Genossen der Kreisparteiorganisation und allen TU-Angehörigen vorzustellen.

Des weiteren stimmte die Kreisleitung den Anträgen der Genossen Jörn-Peter Klick und Thomas Daffner zu, sie als Mitglieder des Sekretariats der SED-KI, zu entlasten.

## Was Studenten bewegt, kam offen zur Sprache

Wie wir bereits meldeten, stellten sich auch zum abendlichen Forum im Hörsaal 186 (Südfügel GSB) - eines von fünf Foren und weiteren Gesprächsrunden am 26. Oktober 1989 - der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Dresden, Günther Witteck, und weitere Diskussionspartner den Fragen von Studenten und Mitarbeitern vorwiegend aus den Sektionen 08, 17, 18 und 20.

Prof. Dr. sc. techn. Werner Reichel, Direktor der Sektion Bauteilgenieurwesen, eröffnete das Forum mit einem Schiller-Wort, gefolgt mit einem Zitat von Prof. Dr. Siegfried Schiller, Stellvertreter des Institutsdirektors im Forschungsinstitut Manfred von Ardenne Dresden, aus dessen Artikel in der „Sächsischen Zeitung“ vom 20. 10. 1989:

„Wir können uns die Geschwindigkeit des technologischen Fortschritts nicht aussuchen. Es wurde viel Geld in Forschung und Entwicklung gesteckt. Große Fortschritte sind zu verzeichnen. Die technologische Lücke ist jedoch nicht kleiner geworden, die hochindustrialisierte Welt galoppiert uns davon. Zwischen wissenschaftlichen Ergebnissen

und technologischen Fortschritten in der Produktion liegen Welten. Wissen, Können und täglich Produzieren sind die drei Stufen der Entwicklung, nur die letztere ist von volkswirtschaftlicher Relevanz.

Diese Zusammenhänge müssen wir auch der Jugend unumwunden und in aller Härte verdeutlichen. Wir müssen sie stärker einbeziehen, ihr klarmachen, wie dornig der Weg zur Spitze ist. Offenheit wird mehr geschätzt, und Schwierigkeiten sind ein Ansporn zu harter Arbeit. Der Mensch ist zum Kämpfen geboren. Wir müssen diese Seite wieder mehr in den Vordergrund rücken. Die Jugend will gar nicht, daß ihr die Zukunft auf dem Silbertablett serviert wird.“

Offenheit, Drang zum Bessermachen, Bereitschaft zu kämpfen, damit in Studium und Lehre, in der FDJ, bei den Arbeits- und Lebensbedingungen und vielem mehr entscheidend und schnell verändert wird, was bremst und behindert - das widerspiegelte sich denn auch in der bis nahe 23 Uhr währenden Aussprache.

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Unsere Gedanken zum Reisegesetz

Der am 6. 11. vorgelegte Entwurf zum neuen Reisegesetz kann so keine Grundlage für eine Diskussion sein. Er ist halbherzig und für uns total unzufriedenstellend. Wir fordern Trennung der Problematik Reisen, Reisezahlungsmittel und ständige Ausreise.

Zu den Reisen gibt es für uns nur eine Alternative: „Einen Reisepaß für jeden Bürger und eine unbefristete visafreie Ausreise in alle Länder.“ Außer der Beschaffung eines Einreisewissens für Länder, die dieses fordern, erübrigt sich damit jeglicher Bürokratismus und Kontrollapparat. Alles andere führt wiederum zu einer Diskriminierung und Bevormundung der Bürger. Dieses wollen wir nicht zulassen.

Bei der Bereitstellung der Reisezahlungsmittel sollte eine Steigerung entsprechend den wirtschaftlichen Möglichkeiten in Aussicht gestellt werden, mit

## FDJ und junge Christen an der TU im Gespräch

Am 2. November trafen sich Sekretäre der FDJ-Kreisleitung mit christlichen Studenten und Forschungsstudenten sowie Gästen der Sektionen 01 und 02 zum freimütigen Gedankenaustausch über Fragen der Arbeit junger Christen an der TU und des gemeinsamen Miteinanders von Christen und Atheisten im Jugendverband.

In der sachlichen wie kontroversen Diskussion vertraten die Studenten (beider wurden uns keine Namen übermittelt - d. Red.) u. a. die Ansicht, daß die FDJ nicht mehr der Interessenvertreter aller Jugendlichen sein könne, da die Jugend kein Vertrauen mehr in sie habe und selbst ein neues Statut bei alten Strukturen und den bisherigen Funktionen der Gefahr ausgesetzt wäre, unterlaufen zu werden. Dennoch sei ein neues Statut vonnöten, das weltanschaulich neutral gestaltet sein muß, da die alleinige Festschreibung auf den Marxismus-Leninismus einer Diskriminierung Andersdenkender gleichkäme.

(Fortsetzung auf Seite 2)

dem Ziel frei konvertierbare Währung. Zu der Problematik der ständigen Ausreise möchten wir uns wie folgt äußern: Wir sind der Meinung, daß bei einer ständigen Ausreise der Bürger seine Staatsangehörigkeit selbst wählen kann. Weiterhin muß auch die Anerkennung einer doppelten Staatsbürgerschaft wieder neu durchdacht werden. Auch in unserem Land leben und arbeiten ausländische Bürger ständig. Zur Durchführung der ständigen Ausreise kann eigentlich nur der § 5, Absatz 1, 2 und 3 b, c, d akzeptiert werden. Der Zeitraum von der Antragstellung bis zur ständigen Ausreise sollte vom Bürger selbst abhängig sein, in dem er die in § 5, Absatz 3 b, c, d notwendigen Nachweise beim Rat des Kreises/Stadtbezirkes, Abteilung Innere Angelegenheiten, vorlegen kann. Zur Prüfung dieser Nachweise haben bisher vier bis acht Wochen ausgereicht. Dieser Zeitraum sollte auch in einer neuen Durchführungbestimmung genügen.

38 Mitglieder der Gewerkschaftsgruppe 12/8

## Vertrauensleute zu aktuellen Fragen der Gewerkschaftsarbeit

Lang erwartet, fand am 7. 11. 1989 die verlegte Vertrauensleutevollversammlung statt. Der Vorsitzende des Kreisvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft, Dr. Klick, unterbreitete den Standpunkt des Kreisvorstandes zu den Aufgaben und der Verantwortung unserer Gewerkschaft an der TU Dresden für den kommenden Zeitraum. Über neue Anforderungen an die staatliche Leitungstätigkeit sprach der Rektor, Prof. Jacobs. In der außerordentlich lebhaften, kritischen, sachlichen und konstruktiven Diskussion äußerten sich 14 Vertrauensleute, AGL und BGL-Vorsitzende sowie Gäste zu aktuellen Problemen und Fragen der Gewerkschaftsarbeit.

Klar und deutlich wurden die Forderungen an Ziele, Inhalte und Methoden in der Gewerkschaftsarbeit angesprochen, wie z. B. die Eigenständigkeit der Gewerkschaft, ihre Verantwortung als Interessenvertreter der Werktätigen, die neuen Aspekte der Durchsetzung des Leistungsprinzips, die Notwendigkeit umgehender Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten in den Mensen und gastronomischen Einrichtungen, der effektive und ökonomisch wirksame Einsatz der personellen, finanziellen und materiellen Fonds. Diskutiert wurde auch zu Neuwahlen in der Gewerkschaft, zur Veränderung der Satzung und zu einer neuen Wahlordnung.

Der den Gewerkschaftsgruppen übergebene Standpunkt der Vertrauensleutevollversammlung fand die Zustimmung und wird zur Zeit in den Kollektiven diskutiert.

Wegen der Verlegung der Vertrauensleutevollversammlung wurde ein Mißtrauensantrag gegen den Vorsitzenden Dr. Klick von der BGL Informationstechnik formuliert. Dieser Antrag wurde mit 147 Stimmen abgelehnt, 110 Stimmberechtigte sprachen sich dafür aus, 27 enthielten sich der Stimme.

- Mit unserem ganzen Volk durchlebten wir Angehörigen der Technischen Universität Dresden dramatische Tage und Stunden. Wir sind stolz auf unser Volk, die TU-Angehörigen verstehen sich als Teil dieses Volkes, das einen Aufbruch zur Erneuerung des Sozialismus eingeleitet hat, wozu die alten Führungsgremien unfähig waren. Damit übersehen wir nicht, daß Leitungsorgane unserer Universität aus falsch verstandener Disziplin und Anpassung an auferlegte Orientierungen darauf verzichtet haben, auf notwendige Änderungen öffentlich zu drängen. Angesichts der eingetretenen Lage äußern sich Rektor und Senat in Sorge aber auch in Hoffnung
  - um die Rettung der erreichten Positionen unserer sozialistischen Gesellschaft,
  - um die Sicherung der materiellen Lebensbasis unseres Volkes,
  - um das tiefe Mißtrauen und die eingetretene Zukunftsangebot vieler unserer Menschen,
  - um eine dem Leben und dem Volke zugewandte Ausbildung von Studenten und
  - um die Weiterentwicklung der Universität.
- Es geht nun um die Erhaltung und tatsächliche Verwirklichung der Macht des Volkes. Es geht um die Beseitigung der Deformationen unserer Demokratie und überhaupt um ihre volle Realisierung. Es geht um die Neubestimmung der Beziehung von Wissenschaft und Politik. Es geht um den aufrechten und würdigen Staatsbürger - gleich ob Hochschullehrer oder Student. Es geht um die legitime Durchsetzung von Interessenvielfalt und die demokratische Konzeptionsbildung. Wir brauchen die kreativsten Kräfte unserer Gesellschaft, unabhängig von ihrem weltanschaulichen Bekenntnis in allen leitenden Positionen. Überwunden werden müssen Berührungspunkte vor einer Opposition, die auf dem Boden der Verfassung steht.
- Wir fordern die Änderung des Artikels 1 der Verfassung der DDR. Wir unterstützen die sofortige Bildung einer Koalitionsregierung unter Leitung von Genossen Dr. Modrow. Wir verlangen Rechenschaftslegung der zurückgetretenen Regierung und freie demokratische Wahlen. Zur Überwindung der Notstände, die durch die Massenflucht von DDR-Bürgern in beiden deutschen Staaten eingetreten sind, schlagen wir der neuen Regierung die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der Regierung der BRD vor.
- Wir brauchen einen Sozialismus, der Effektivität in der Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Ländern sichert und zugleich Verhandlungsfähigkeit und Kooperationsfähigkeit mit allen anderen Staaten, vor allem in Europa ist.
- Was erziehen wir?
- Wir erstreben eine qualitative Erneuerung des Sozialismus, so daß er als eine Lebensweise existiert, die gekennzeichnet ist von der Schöpferkraft und vom Glück des Volkes. Wir sind für eine Kultur, in der die Wissenschaft ihre schöpferische Potenz für alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens entfalten und verwirklichen kann.
  - Im Vordergrund steht die Aufgabe, die für jeden Bürger erlebbar sozialistische Demokratie zu gestalten, eine politische Kultur also, in der die Volksmacht von jedem Einzelnen verstanden und beantwortet werden kann.
  - Es gilt, die wirklich errungenen Werte des Sozialismus zu bewahren; Errungenschaften - so vor allem soziale Sicherheit - verstehen wir im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, alle Menschenrechte in unserem Lande zu verwirklichen.
  - Bei aller Notwendigkeit und Durchführung personeller Veränderungen in Leitungsgremien aller Ebenen, muß sich die Analyse für weitere Entwicklungswege vor allem auch auf das Aufdecken untauglicher bzw. veralteter administrativ bürokratischer und verküster Strukturen erstrecken.
  - Zur Stabilisierung der in den vergangenen Jahren auf Verschleiß gefahrenen Wirtschaft schlagen wir die Wiederherstellung der Proportionalität und notwendige Dezentralisierungen in der Volkswirtschaft vor.
- II.
- Die TU Dresden erklärt ihre Verantwortung und Bereitschaft, im höheren Maße an der Erarbeitung von strategischen Zielstellungen der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Wissenschaftsstrategie unseres Landes mitzuwirken. Darunter verstehen wir:
- mit wissenschaftlicher Gründlichkeit vorzusenden für die zukünftige Wirtschafts-, Wissenschafts-, Sozial- und Umweltstrategie und Umweltpolitik;
  - Bereitschaft der fähigsten Mitarbeiter der TU Dresden, ihre Gedanken einzubringen in die neu ausgearbeiteten Strategiekonzepte unseres Landes, in die entsprechenden Arbeitsgremien der Regierung und anderer staatlicher Organe;
  - die Vorschläge der Angehörigen der Universität zu dem besonderen Schwerpunkt der zukünftigen Innovationsstrategie in Wissenschaft und Wirtschaft zu erörtern;
  - Initiativen für die Ausbildung einer wissenschaftlich-technischen Schöpferkraft bei fähigen Studenten und Absolventen und zugleich zur Erhöhung der Autorität des Ingenieurs in unserer Gesellschaft;
  - Realisierung eines leistungsorientierten Studiums, das durch hohe wissenschaftliche
- Produktivität und Individualität gekennzeichnet ist:
- Überprüfung und Veränderung der Wissenschaftskonzeption der Universität als Teil der neuen Wissenschaftsstrategie der DDR. Dazu gehören vor allem:
    - Sicherung der Einheit von Ausbildung und Forschung in den Sektionen bei Beseitigung aller bürokratischen Schranken durch einen hohen Grad von Dezentralisierung;
    - Sicherung eines ausgeglichenen Verhältnisses von Grundlagen- und angewandter Forschung bei erhöhter Eigenverantwortung der Wissenschaftler;
    - Überprüfung des Stellenwertes jeder Schlüsseltechnologie, der unikatalen und anderen Wissenschaftsbereiche an der Universität auf ihre langfristige Tragfähigkeit;
    - Erarbeitung von Vorschlägen zur materiell-technischen Absicherung von Lehre und Forschung;
    - Überarbeitung der Strategie der Kooperationsbeziehungen der TU Dresden mit Einrichtungen der Wissenschaft und der Praxis auf nationaler und internationaler Ebene.
  - Überprüfung der bisherigen Verteilung von Ressourcen, um die Arbeits-, Lebens- und Studienbedingungen entsprechend den Grundbedürfnissen wieder herzustellen;
  - Ausbau einer wirklich wechselseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit Betrieben und Territorien.
  - kostendeckende Weiterbildung mit zusätzlichen Abführungen in den „TU-Haushalt“.
- III.
- Es muß eine sinnvolle Beziehung von Wissenschaft und Politik geklärt sein, d. h. jetzt vor allem eine klare Entflechtung staatlicher Verantwortung gegenüber der Tätigkeit von Parteien bzw. von gesellschaftlichen Organisationen. Sozialistische Demokratie an der Universität muß einschließen
- die Wahrnehmung uneingeschränkter Verantwortlichkeit der staatlichen Gremien, in erster Linie des Senats, für alle strategischen Fragen der Wissenschaftsentwicklung, der Hochschulbildung, der Leistungsentwicklung und deren materielle Sicherstellung - ohne Bevormundung und Rückversicherung
  - die Wahrung wissenschaftlicher Autorität der Lehr- und Forschungsinhalte
  - die Eigenständigkeit in der Vertretung von Grundinteressen von Studenten
  - die wirkliche Zuwendung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Universitätsgemeinschaften
  - den akademisch traditionellen „unismaligen“ Wechsel in den Leitungsfunktionen der Universität bei klar definierten Amtsperioden für Rektor, Dekane und Sektionsdirektoren
  - Gewährleistung der öffentlichen Berichterstattung über Tätigkeit staatlicher Leitungsgremien der Universität
- IV.
- Wir fordern ein neues, handhabbares Jugendgesetz.
  - Wir wollen unseren Beitrag zur Überarbeitung bzw. Neufassung des Hochschulgesetzes einschließlich der Studienordnung leisten.
  - Über eine zeitliche Begrenzung der Berufung von Hochschullehrern ist nachzudenken, eine Abberufung bei Nichtleistung muß möglich werden.
- V.
- Wende zu organisieren an der TU Dresden heißt auch:
1. Hauptaufgabe der Universität ist die Lehre. Sie erfordert hohes pädagogisches Können, Schaffung der materiell-technischen Voraussetzungen und eine niveauvolle Forschung, die gerichtet ist auf die ständige Innovation der Lehre durch wissenschaftlichen Vorlauf und auf wesentliche Beiträge für den Weltfundus der Wissenschaften sowie für die unmittelbare Nutzung in unserer Gesellschaft und Volkswirtschaft.
  2. Auch das marxistische Grundlagenstudium hat einen prinzipiellen Wechsel zu vollziehen. Die neue Qualität hat Inhalt, Umfang und Formen zu umfassen. Es sollte die geistige Vielfalt der Ansprüche an Naturwissenschaften und Ingenieur- zur Grundlage einer neuen gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung gemacht werden.
  3. Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Verantwortung der Wissenschaften sind bestehende gesetzliche Grenzen bezüglich der Eigenverantwortung und Verwendung finanzieller Mittel abzuschaffen.
  4. Die 10. Tagung des ZK der SED hat Vorschläge zum Neubeginn gemacht - es ist Hoffnung!
- Kunstbauwesen an der TU?
- Auch um obige Frage (s. UZ 20/89, Seite 6) geht es in einem Interview mit dem Direktor für Kultur und Öffentlichkeitsarbeit, Genossen Seltmann, das wir in der kommenden Ausgabe veröffentlichen. Das Gesprächsthema lautet: „Was brachten die 6. Universitätsfestspiele? Wie geht es weiter?“